

Stadt fordert drittes Verfahren 18.08.2009

In einem Schreiben an den niedersächsischen Verkehrsminister Jörg Bode hat sich Oberbürgermeister Patrick de La Lanne für ein weiteres Raumordnungsverfahren ausgesprochen. Er fordert erneut eine integrierte Be- trachtung des gesamten Projektes. VON HEIKE BENTRUP

DELMENHORST. Für die Ein- leitung eines dritten Raum- ordnungsverfahrens zur Planung der Bundesstraße 212 neu sowie der B213 Ortsumgehung Delmenhorst hat sich der Delmenhorster Oberbürgermeister Patrick de La Lanne in einem Schreiben an den niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Jörg Bode (FDP), ausgesprochen. Ziel müsse es sein, die „bisherigen formalen und sachlichen Verfah- renfehler“ auszuräumen. Gleichzeitig appelliert der Verwaltungsschef ein weiteres Mal an das Ministerium, im Zuge eines solchen Verfahrens die Gesamtituati- on zu prüfen.

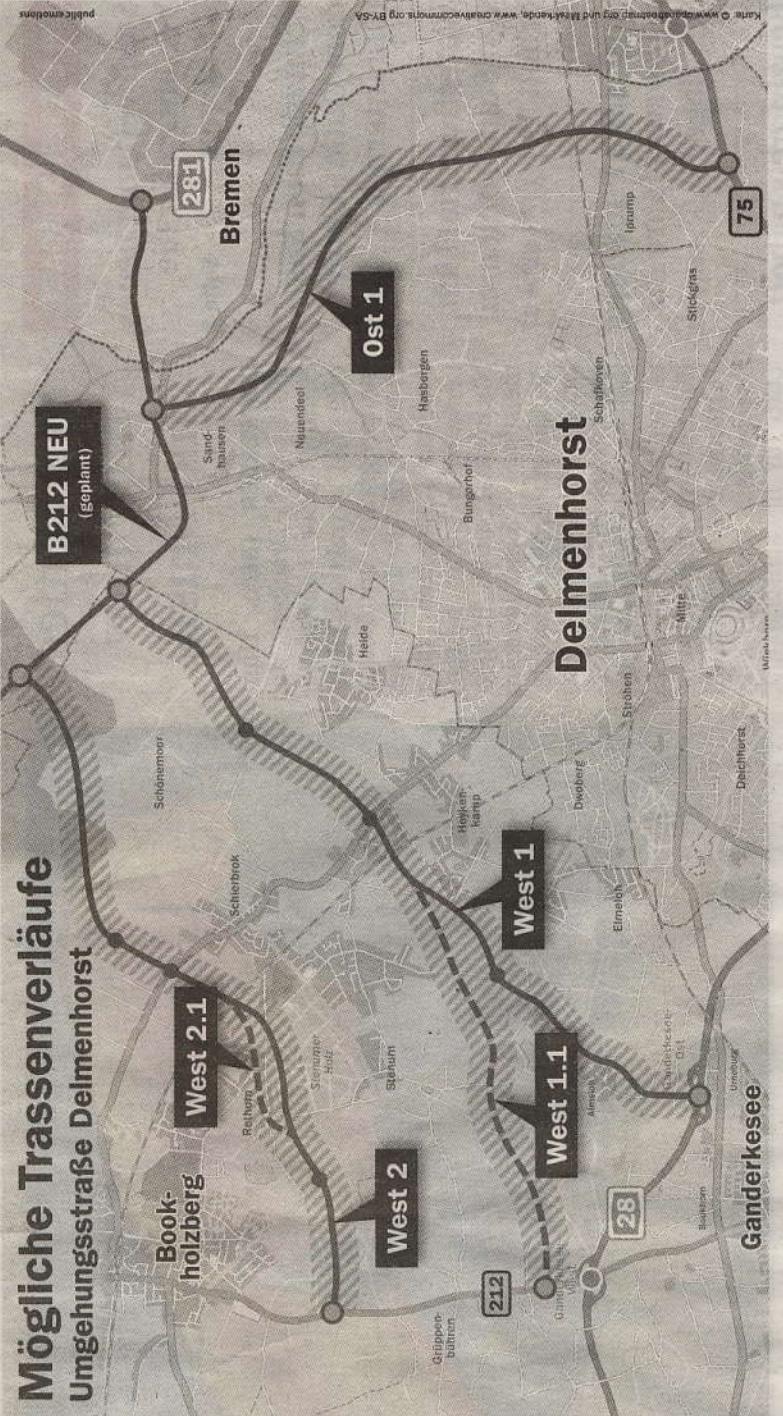
Anlass für die La Lan- nes Vorstoß ist die Auf- entsprechende Planungen, darunter das Raumord- nungsverfahren B213 Orts- umgehung Delmenhorst, angeschoben worden. Derzeit untersucht die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg verschiedene Linienvari- anten westlich und östlich von Delmenhorst auf ihre sogenannte Raumverträg- lichkeit.

Da die Nachbargemeinde Ganderkesee sich nunmehr dafür einsetze, dass auf Planungen für eine neue Teilprojekte wie einerseits mit der B212 neu weise ich nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt weiterhin die Südvariante ablehnt und sich für die

Realisierung der verkehrs- optimierten Nordvariante (VoN) ausspricht, da mit deren Bau eine Ortsumge- hung von Delmenhorst entbehrlich wäre“, schreibt die La Lanne in dem Brief an Verkehrsminister Bode. Die VoN-Variante habe den Vorteil der geringsten ver- kehrlichen Belastungen für das Delmenhorster Stadt- gebiet und bindet auch die Wesermarsch optimal an die Stadt Bremen an.

Auch der Stadtrat hatte sich für die VoN-Lösung

Mögliche Trassenverläufe Umgehungsstraße Delmenhorst



GRAFIK: PUBLIC EMOTIONS

ausgesprochen, nachdem das Raumordnungsver- fahren im Frühjahr 2009 mit der Feststellung der Südvariante beendet worden war. Zur Planung der B213 Ortsumgehung Delmenhorst hatte es im April eine sogenannte Antragskon- ferenz gegeben (dk be- richtete). Hierzu hatte die Stadt Stellung bezogen und seinerzeit bereits eine inter- grierte Betrachtung des gesamten Projektes gefordert.

■ **Ihre Meinung zum Beitrag:** heike.beitruop@dk-online.de

DARUM GEHT'S

Die Bundesstraße 212 soll zwischen Huntebrück und Bremen neu gebaut wer- den. Mit ihr soll der Unter- weserraum mit Bremen und dem überörtlichen Straßen- und Autobahnnetz (A1, A27, A28, A281) ver- bunden werden. In Bremen ist dafür ein maßfinanzierter Wesertunnel geplant.

Behörde will ins Detail gehen

„Ohne Umgehung keine B212 neu“

OLDENBURG (HAS). Der Leiter der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Oldenburg, Joachim Delfs, erwartet bis September die Linienbestimmung für die Bundesstraße 212 neu im Abschnitt von Harmenhausen bis zur Bremer Landesgrenze. „Die Linienbestimmung ist das Okay des Bundesstraßenbaulastträger und die Grundlage für die Entwurfsplanung“, erläutert Delfs. Der Entwurfsplanung folge das Planfeststellungsverfahren; sie sei sehr komplex, weil der bisher grob skizzierte Verlauf der neuen Straße parzellenengenau zu betrachten ist, unter anderem für landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen. „Vor der Planfeststellung muss der Entwurf im Ministerium per Genehmigung verabschiedet werden“, stellt Delfs klar. Noch weiter zurück ist die Vorarbeit für eine Delmenhorster Umgehungsstraße. Das Raumordnungsverfahren soll 2014 eingeleitet werden. Erwartet werde jetzt die Feststellung des Untersuchungsrahmens. Im Rahmen sind seit April noch die Varianten Ost 1, West 1 und West 2, letztere jeweils mit einer Untervariante. „Eine Abstimmung ist noch nicht erfolgt“, berichtet Delfs.

Neuer Verkehrswegeplan in Arbeit

Bürgervereine für B-75-Ausbau

Gemeinde lehnt Umgehung ab

DELMENHORST (BEN). Die Aufnahme der Bundesstraße 213 Ortsumgehung Delmenhorst in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 muss laut der Interessengemeinschaft „B-212-freies Deich- und Sandhausen“ auf jeden Fall verhindert werden. Denn „ohne Umgehung kann die B212 neu nicht in geplanter Form realisiert werden“, sagt IG-Sprecher Martin Clausen. Aus diesem Grunde sei der in Arbeit befindliche Verkehrswegeplan des Bundes ein wichtiger Zwischenschritt. Gleicher gelte für den Investitionsrahmenplan für die Projekte.

„Auch wenn die dort aufgenommenen Vorhaben, insbesondere in der Kategorie C und D, also noch nicht im Planungs- oder Baustadium befindlich, einer großen Liste von nicht finanzierbaren Wünschen gleichkommen, muss die Aufnahme der Ortsumgehung verhindert werden“, sagt Clausen. Die Interessengemeinschaft sieht daher jetzt die niedersächsische Politik in der Pflicht. Denn obwohl es sich um Bundesstraßenprojekte handelt, müsse das Land seine Vorräben beantragen.

GANDERKESEE (HAS). Die Ganderkesee Bürger-, Orts- und Heimatvereine lehnen eine Delmenhorster Ortsumgehung auf Ganderkesee Gebiet strikt ab, weil sie mehr Verkehr in die Gemeinde ziehen würde. Die Vereine fordern stattdessen, die Bundesstraße 75 von Delmenhorst bis zur Autobahn 281 in der Bremer Neustadt drei-stufig auszu-bauen. „Die Bundesstraße 212 neu kann in Harmen-hausen einen Anschluss für Lemwerder und die Wesermarsch und Lemwer-der zusätzllich optimal an das Oberzen-trum Bremen an. Delmen-horst, Deich-hausen, Al-tenesch und das Ortszen-trum Ganderkesee würden gleichzeitig vom Verkehr entlastet.“

Die Arbeiten am Bunde-verkehrswegeplan 2015 beschreiten unterdessen voran. In den kommenden beiden Monaten sind Regionalkonferenzen geplant, in deren Verlauf die sogenannten Träger öffentlicher Belange gehörig weiterplanen.“

B 213 NEU/322 NEU

Die Südvariante ist seit 2009 die Vorzugsvariante für die Bundesstraße 212 neu im Raum Deich-hausen. Erst nach Ab-schluss des Raumord-nungsverfahrens ist die Stadtumfahrung ins Ge-spräch gekommen. Sie soll als „B213 neu/322 neu“ in den Verkehrswe-geplan kommen.

Wiederholt 18.08.2012

straße 213 neu/322 neu“ enthalten soll, positioniert sich die Gemeinde ableh-nend zu einer neuen Straße über Ganderkesee Gebiet. Dieses Projekt ist laut Bürgemeisterin Alice Gerken-Klaas „mit der Position der Gemeinde Ganderkesee nicht vereinbar.“ Peter Meyer, Fachbereichsleiter Gemeindeentwicklung im Rathaus, weist darauf hin, dass „viele neue Pro-bleme“ entstünden. Unter anderem seien die Auswir-kungen auf die Verkehrs-verhältnisse im Ortskern Ganderkesee noch völlig ungeklärt.

Die Bürgermeisterin wähnt die Landtagsabgeordneten Ansgar Focke (CDU), Axel Brammer (SPD) und Christian Dürr (FDP) auf Seiten der Ge-meinde. Dürrs Absicht, die Umgehung ganz hinten

auf der Prioritätenliste des Landes zu platzieren und so ein Zeichen der Ableh-nung vor Ort nach Berlin zu senden, wird vom Bürger-vereinsvorsitzenden Twiet-meyer allerdings verurteilt: „So kommt die Umgehung in den Verkehrswegeplan, und die Straßenbaube-hörde kann bis zum Geht-nicht-mehr weiterplanen.“